

## NACHRICHTEN

## Ex-Präsident Sarkozy muss vor Gericht

Paris. Der frühere französische Präsident Nicolas Sarkozy kommt in einer Bestechungsaffäre vor Gericht. Die Justiz wirft dem 63-Jährigen unter anderem Korruption vor. Der Ex-Präsident soll im Jahr 2014 versucht haben, einen Staatsanwalt am Obersten Gerichtshof zu bestechen. Vor einer Woche hatte die Justiz bereits wegen des Verdachts auf illegale Wahlkampfspenden aus Libyen gegen Sarkozy ein formelles Ermittlungsverfahren eingeleitet. AFP/nd

## UN fordern Aufklärung von Brand in Venezuela

Genf. Das UN-Menschenrechtsbüro ist entsetzt über eine Häftlingsmeuterei mit 68 Toten in Venezuela. Die UN-Behörde forderte am Donnerstag die zuständigen Stellen zu raschen und gründlichen Ermittlungen auf. Verantwortliche müssten identifiziert und vor Gericht gebracht werden. Zudem sollten die Familien der Opfer entschädigt werden, hieß es in einer Stellungnahme in Genf.

Bei einer Meuterei im Bundesstaat Carabobo hatten Häftlinge diese Woche einen Bewacher als Geisel genommen und Matratzen in Brand gesetzt. Das Feuer geriet außer Kontrolle. Viele Menschen starben, nachdem sie Rauch eingeatmet hatten. Die Staatsanwaltschaft hat nach Behördenangaben Ermittlungen zu dem Brand eingeleitet. dpa/nd

## Nicht mehr Befugnisse für Geheimdienste

Den Haag. Die Niederländer haben sich bei einem Volksentscheid mit knapper Mehrheit gegen die Ausweitung der Befugnisse von Geheimdiensten im Internet ausgesprochen. 49,4 Prozent der mehr als sechs Millionen Wahlteilnehmer hatten sich bei der Abstimmung am 21. März gegen das Gesetzesvorhaben der Regierung von Ministerpräsident Mark Rutte ausgesprochen, wie die Wahlbehörde bei der Bekanntgabe des Endergebnisses am Donnerstag erklärte. 46,5 Prozent waren demnach für das Gesetz. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,4 Prozent und erreichte somit das nötige Quorum, damit der Volksentscheid gültig ist. Insgesamt waren rund 13 Millionen Niederländer zur Teilnahme aufgerufen. AFP/nd

## Russischer Hacker an USA ausgeliefert

Prag. Nach langen juristischen Auseinandersetzungen hat Tschechien einen mutmaßlichen russischen Hacker an die USA ausgeliefert. Der Verdächtige sei in Prag in ein Flugzeug gebracht worden, berichteten der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das Nachrichtenmagazin »Respekt« übereinstimmend am Freitag.

Die US-Ermittler werfen dem 30 Jahre alten Mann vor, die Zugangsdaten von rund 117 Millionen Nutzern des sozialen Netzwerks LinkedIn gestohlen zu haben. Der Sprecher des US-Präsidentenhaus, der Republikaner Paul Ryan, hatte sich bei einem Besuch in Prag am Dienstag persönlich für die Auslieferung eingesetzt. dpa/nd

## Wut bei Beisetzung von erschossenem Schwarzen

Sacramento. Hunderte Menschen haben am Donnerstag an der Beisetzung des 22-jährigen Afroamerikaners Stephon Clark teilgenommen, der – obwohl er unbewaffnet war – in Kaliforniens Hauptstadt Sacramento von Polizisten erschossen worden war. An der Trauerfeier nahm auch der schwarze Bürgerrechtler Al Sharpton teil, der in einer wütenden Rede Polizeigewalt anprangerte. Ein Fotograf der Nachrichtenagentur AFP sah etwa 400 bis 500 Menschen, die sich vor der Kirche einreihen, um an dem ökumenischen Gottesdienst teilzunehmen. AFP/nd

## Katalonien schaut nach Berlin

Parlament sucht Übergangslösung während Kandidat Puigdemont auf deutsche Justiz hofft

Die Entscheidung über den Antrag auf Auslieferungshaft des katalanischen Spitzenpolitikers Carles Puigdemont wird die deutsche Justiz erst nach Ostern treffen. Die Bundesregierung will sich raushalten.

Von Ralf Streck, San Sebastián

Das Schicksal von Kataloniens Expräsidenten Carles Puigdemont liegt in den Händen der deutschen Justiz: Auslieferung an Spanien oder nicht. Auf eine Entscheidung wollen die Unabhängigkeitsparteien in Katalonien nicht warten. Sie wollen in der Zwischenzeit Jordi Sánchez ins Präsidentenamt einführen, den Puigdemont aus seinem damaligen Brüsseler Exil selbst vorgeschlagen hatte, lange bevor er am vergangenen Sonntag bei der Durchreise durch Schleswig-Holstein auf spanisches Betreiben per Europäischem Haftbefehl von deutschen Polizisten festgenommen wurde.

Puigdemonts Liste »Gemeinsam für Katalonien« (JxCat) kommt im katalanischen Parlament Forderungen der Republikanischen Linken (ERC) entgegen, die möglichst schnell eine Regierung wollen. Bei der von Madrid angesetzten katalanischen Parlamentswahl im Dezember hatte das Lager der Unabhängigkeitsbefürworter seine absolute Mehrheit verteidigt. Wird bis zum 22. Mai kein Regionalpräsident gewählt, steht in Katalonien erneut eine Parlamentswahl an. In der Zwischenzeit steht die Region im Nordosten Spaniens weiter unter Zwangsverwaltung der Zentralregierung in Madrid.

Nach Aussagen von JxCat-Vertretern geht es um eine Übergangslösung sein, bis Puigdemont ins Amt gehoben werden kann. »Jede Lösung, die nicht Puigdemont ist, ist provisorisch«, hat der Parlamentsvizepräsident Josep Costa erklärt. Allen ist klar, dass die Zeit nun drängt, die Zweimonatsfrist nach der gescheiterten Amtseinführung des früheren Regierungssprechers Jordi Turull läuft.

Sánchez, früherer Präsident der großen zivilen Katalanischen Nationalversammlung (ANC), erneut aufzustellen, ist ein kluger Schachzug. Auch seine Investitur hatte Richter Pablo Llarena bisher verhindert. Dem Untersuchungsgefangenen, schon seit Oktober inhaftiert, hatte Llarena den Gang ins Parlament untersagt. Damit



Ein aufgewecktes Flugblatt mit dem Bild von Puigdemont hängt am Zaun der JVA Neumünster.

Foto: dpa/Daniel Reinhardt

wurden seine politischen Rechte aufgehoben, hat auch das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen (UN) festgestellt. Als »vorsorgliche Maßnahme« wurde von Spanien gefordert, »alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit Jordi Sánchez seine politischen Rechte ausüben kann«. Llarena, dem zahlreiche spanische Rechtsexperten, die nicht dem Unabhängigkeitslager angehören, »Befangenheit« und »Rechtsbeugung« vorwerfen, soll in die Zwickmühle gebracht werden. Lässt er die Investitur von Sánchez zu, räumt er ein, bisher rechtswidrig gehandelt zu haben. Lehnt er sie ab, stellt er sich weiter ins Unrecht, was die Verteidigung von Puigdemont und aller Exilanten in Belgien, Großbritannien und der Schweiz stärke, meinen die Verteidiger.

Llarena will mit europäischen oder internationalen Haftbefehlen die Auslieferungen von Puigdemont und weiteren sechs katalanischen Politikern erzwingen, die in Belgien, der Schweiz und Schottland im Exil sind. Inhaftiert ist nur Puigdemont in Deutschland. Die Schweiz hat erklärt, es handele sich um »politische Delikte«, weshalb Bern Auslieferungen ablehnt. Anders sieht das offenbar Berlin. »Der Spiegel« berichtet, die Bundesregierung wolle »kein Veto« einlegen, wie es die Verteidiger Puigdemonts von ihr fordern. Mit Bezug auf »Regierungskreise« wird berichtet, das Kanzleramt sehe das »als rechtspolitischen Affront gegen die Bundesländer«, da der Bund das Bewilligungsverfahren in Auslieferungsfällen an die Länder übertragen habe.

Llarena hat neben Politikern auch die Organisationen im Visier, die seit Jahren für die Unabhängigkeit eintreten, allen voran der ANC und Òmnium Cultural, die er mehrfach durchsuchen ließ. Katalanische Medien zitieren Beschlüsse des Richters und sprechen vom »Damoklesschwert«, das wegen der schweren Anschuldigungen über ihnen hänge. Llarena ziele auf Kriterien des Artikels 515 des Strafgesetzbuches für »Terrorismus, bewaffneter Banden und illegaler Vereinigungen« ab. Darüber wurden im Baskenland eine Vielzahl von Organisationen und Parteien verboten, auch ohne ihnen Rebellion vorzuwerfen, womit eine Art Putsch gemeint ist. Für den ist aber eine »gewaltsame und öffentliche Erhebung« nötig, die es in Katalonien niemals gab.

## Vom 5-Sterne Hotel in die östliche Ghouta

Eine Pressekonferenz der UN-Hilfsorganisationen in Syrien und ein Besuch in der Notunterkunft in Herjallah

Bei Herjallah, südlich der Ghouta, leben in einer Notunterkunft 20 000 Menschen, Kämpfer, die die Waffen niederlegt haben und ihre Familien.

Von Karin Leukefeld, Damaskus

Der Unterschied könnte größer sein. Die Pressekonferenz von UN-Hilfsorganisationen in Syrien und dem Syrischen Arabischen Roten Halbmond (SARC) findet am frühen Vormittag am in Damaskus statt, im Hotel »Vier Jahreszeiten«. Anschließend fährt die Autorin an den Rand der östlichen Ghouta, wo Zivilisten seit Anfang März zu Tausenden die Kampfzone durch einen von drei humanitären Korridoren verlassen. Im Auffangzentrum von Herjallah, erzählen Frauen aus Douma und Kafr Batna über ihren Leidensweg.

Zunächst bei der Pressekonferenz: Auf den übersichtlichen Informationsblättern, die von der UN-Nothilfekoordination (OCHA) vor der Pressekonferenz verteilt werden, sind die Zahlen nur Schätzungen. Die Lage ändere sich ständig, betont der OCHA-Repräsentant in Damaskus Ali al Za'atari, der neben dem Leiter von SARC, dem Ingenieur Khalid Hboubati, die Pressekonferenz leitet.

Jeweils zur Rechten und Linken sitzen die Vertreter weiterer UN-Hilfsorganisationen. Insgesamt haben neun Personen auf dem Podium Platz genommen, die Stellungnahmen werden fließend Arabisch-Englisch übersetzt. In den Auffangzentren seien keine UN-Helfer zu sehen, sagt ein Kollege und fragt: Warum? Die hygi-

enische Lage sei katastrophal. Ob bei den Evakuierten – wie häufig behauptet – Unterernährung festgestellt worden sei, wird gefragt. Wohin die 26 000 Menschen gegangen seien, die die Auffangzentren wieder verlassen hätten? Ob man immer noch davon ausgehe, dass in der östlichen Ghouta 400 000 Menschen lebten?

Ein Flüchtlingslager sei »kein Hotel«, man wisse um die schwierige hygienische Lage, sagt Al Za'atari: »300 Menschen müssen sich eine Toilette teilen, das ist unakzeptabel.« Zwei Mal sei er in Douma gewesen und habe persönlich schwer unterernährte Kinder gesehen. Es habe eindeutig Mangel geherrscht. Die aus den Auffangzentren verschwundenen Personen seien »zu Angehörigen in Damaskus oder in ihre Heimatorte in der Ghouta« zurückgekehrt. Die UN sei davon ausgegangen, dass 399 000 Menschen in den östlichen Vororten gelebt hätten, doch müsse die Zahl vermutlich nach unten korrigiert werden. Nach Angaben von OCHA haben etwa 80 000 Menschen seit dem 9. März die östliche Ghouta verlassen. Das russische Zentrum für die Versöhnung der verfeindeten Seiten in Syrien spricht von mehr als 114 000 Menschen. UN und Partner helfen OCHA zufolge mit Lebensmitteln, medizinischer Versorgung, Wasser, Hygieneartikeln, Zeltplanen und mehr. Die Autorin findet an zwei Orten (Al Wafidin und Herjallah) den Syrischen Arabischen Roten Halbmond (SARC), aber keine sichtbare UN-Präsenz. Die aktuelle UN-Nothilfe wird 150 Millionen US-Dollar kosten, es besteht ei-

ne Finanzierungslücke von 110 Millionen US-Dollar. Lediglich sechs Prozent davon habe man erhalten.

Ortswechsel. Bei Herjallah, südlich der Ghouta auf dem Weg nach Deraa, steht seit 2015 eine Notunterkunft für Männer und ihre Familien, die im Zuge von Verhandlungen und Amnestieangeboten ihre Waffen niederlegten. 9000 Personen finden in den Reihenhäusern normalerweise Platz, sagt Bürgermeister Abdul Kerim Al Katib. Aktuell leben dort 20 000 Menschen: »15 Prozent Männer, 20 Prozent Frauen, 65 Prozent Kinder«, zählt er auf.

Nach Angaben der UN-Nothilfekoordination haben etwa 80 000 Menschen seit dem 9. März die östliche Ghouta verlassen.

Aufgrund der beengten Lebensverhältnisse habe man Männer und Frauen getrennt untergebracht, das erleichtere das Verteilen von Hilfsgütern und die Registrierung. 48 Kinder seien in den vergangenen 14 Tagen geboren worden. In einem der Bungalows leben 30 Frauen und Kinder zusammen und erzählen ihre Geschichte. Nachbarinnen seien sie, das erleichtere das beengte Wohnen. Einige der Ehemänner würden von den Kämpfern zurückgehalten, doch den meisten sei es gelungen, gemeinsam die östliche Ghouta zu verlassen.

## Prinzip der gnadenlosen Profitmacherei

Brandtragödie im russischen Kemerowo schlägt Wellen

Von Ute Weinmann, Moskau

Nach dem Brand am vergangenen Sonntag im Einkaufszentrum »Winterkirsche« im sibirischen Kemerowo zeichnet sich ein verheerendes Bild ab. 64 Menschen haben ihr Leben verloren, zwei Drittel davon sind Kinder. Selten schlägt eine der vielen Katastrophen, die in Russland regelmäßig etliche Todesopfer fordern, so hohe Wellen. Von Schlamperei und Fahrlässigkeit ist die Rede. Schnell sind die Schuldigen gefunden. Fünf der mutmaßlichen Verantwortlichen für die hohe Opferzahl befinden sich in Untersuchungshaft, darunter die Generaldirektorin der Betreiberfirma, Nadescha Sudentok, und Angehörige des Sicherheitspersonals. Aber die bislang bekannten Mängel deuten auf eine systematische Missachtung grundlegender Sicherheitsregeln hin, die nicht nur für die »Winterkirsche« symptomatisch sind.

Es gab keinen Brandalarm und die Notausgänge in dem Gebäude der ehemaligen Konditoreifabrik, das erst seit 2013 zum Freizeit-Shopping-Zentrum umfunktionierte worden war, waren verriegelt. Das Personal blieb untätig. Ein Security-Mitarbeiter sagte aus, die Feuerwarnanlage habe häufig Fehlalarm gemeldet und war immer wieder außer Betrieb.

Eine Woche vor dem Brand wurde sie nach einer Rauchmelderung komplett abgeschaltet. Das

Eine Woche vor dem Brand wurde die Feuerwarnanlage abgeschaltet. Das Löschsystem enthielt nicht einmal Wasser.

Löschsystem enthielt nicht einmal Wasser. Die für den Brandschutz zuständige Firma beschäftigte Personal ohne entsprechende Qualifikation und der diensthabende Wachmann gab zu Protokoll, er habe angesichts des für alle unerwartet eingetretenen Notfalls den Überblick verloren. In einem der Kinosäle im obersten Stock waren nach Angaben von Augenzeugen, die mit ihren Angehörigen unmittelbar vor deren Tod in Telefonkontakt standen, alle Ein- und Ausgänge verschlossen. Eine gängige Praxis, die verhindern soll, dass sich Kinoliebhaber ohne Ticket in den Saal schleichen. Nach einer anderen Version habe ein Mann die Türen von innen verschlossen, um die Anwesenden bis zur Ankunft der Feuerwehr vor der Rauchentwicklung zu schützen.

Hinter diesen Verstößen lässt sich das Prinzip der gnadenlosen Profitmaximierung erkennen, wie es sich in Russland in den 1990er Jahren etabliert hat und an dem etliche Abgeordnete und Staatsdiener auf unterschiedlichen Ebenen kräftig mitverdienen. Allein die daran ausgerichtete Bauplanung und fragwürdige Genehmigungsverfahren machen Shopping-Zentren zu lebensgefährlichen Orten.

Grigorij Rewsin, Architekturkritiker und ehemaliges Mitglied im Moskauer Stadtbaubeamteten, forderte auf den Bau neuer Mega-Einkaufszentren ganz zu verzichten und keine Freizeitangebote für Kinder in bestehenden zuzulassen. Er begründet dies mit der gängigen Verwendung billiger und brandgefährlicher Deko- und Baustoffe und nicht miteinander zu vereinbarenden Zielsetzungen.

Am vergangenen Dienstag wollten die Einwohner von Kemerowo Gouverneur Aman Tulejew zur Rede stellen, doch er erschien nicht. Er hatte sich nur vor Präsident Wladimir Putin für die Tragödie entschuldigt und die aufgebrachte Menge auf der Straße abschätzig als »Krawallmacher« bezeichnet.